



# HESSISCHER LANDTAG

18. 06. 2009

Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE**

**betreffend Unterstützung der Forderungen der Erzieher/-innen,  
Sozialpädagogen/-innen und Sozialarbeiter/-innen in Hessen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten, Kindergärten und Kinderhorten sowie die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in kommunalen Einrichtungen und Ämtern befinden sich seit sechs Wochen in einer zugespitzten Tarifauseinandersetzung mit der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA). Auch in Hessen streiken viele Tausend Kolleginnen und Kollegen.

Der Landtag stellt fest:

1. Die gesellschaftliche Aufgabe der Kindererziehung in den Kindertageseinrichtungen ist von größter gesellschaftlicher Relevanz. Einerseits ermöglicht sie Eltern - und hier insbesondere Frauen - die Erwerbstätigkeit, andererseits wird durch die pädagogische Arbeit in den Kindertageseinrichtungen ein wichtiger Grundstein bezüglich künftiger Bildungschancen und der Entwicklung von sozialen Kompetenzen gelegt.
2. Die Erziehungsarbeit in den Kindertageseinrichtungen enthält differente Faktoren, die physisch und psychisch stark belasten und in ihrer Kombination besonders gesundheitsgefährdend sind: ein hoher Lärmpegel, Zwangshaltungen wie Knien und Bücken, häufiges Tragen, Konflikt- und Krisenbewältigung, wenig Erholungspausen bei engem Personal- und Betreuungsschlüssel.
3. Die Entlohnung der Erzieher/-innen liegt in einem Bereich des öffentlichen Dienstes, der im Verhältnis zu Qualifikation, gesellschaftlicher Relevanz und Belastungsgrad als deutlich unterbewertet bezeichnet werden muss.
4. Auch die hohen psychischen Belastungen von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe, sowie ihre besondere Verantwortung müssen gesellschaftlich anerkannt werden.
5. Beide Berufsgruppen leisten eine gesellschaftlich bedeutsame Integrationsarbeit bei ausländischen Kindern und Jugendlichen.
6. Die streikenden Beschäftigten vertreten ein legitimes Ziel mit legitimen Mitteln. Kursierenden Behauptungen, der Streik der Erzieher/-innen sei illegal, ist allein aufgrund der oben genannten Punkte entschieden entgegenzutreten.

Der Landtag unterstützt folgende Forderungen:

1. Die Eingruppierung muss entsprechend der Arbeitsbelastung und der Qualifikation angepasst werden, sodass Erzieher/-innen künftig in die Entgeltgruppe 9 einzustufen sind. Für Sozialarbeiter/-innen und Sozialpädagogen/-innen muss mindestens eine Einstufung in die Entgeltgruppe 10 erfolgen.

2. Ein präventiver Gesundheitsschutz muss tarifvertraglich verankert werden, um den berufsbedingten Risikofaktoren entgegenzuwirken.
3. Der Gruppenschlüssel für Kindergärten und Kinderhorte muss in einem Verhältnis von 15 Kindern zu 2 Erziehern/-innen liegen. Für Kinderkrippen sollte dieses Verhältnis auf 8 Kinder bei 2 Erziehern/-innen festgelegt werden. Falls diese Gruppengröße mit mehr als einem Kind überschritten wird, muss eine dritte Kraft hinzugezogen werden. Um durchgängig eine adäquate pädagogische Betreuung gewährleisten zu können, sind in der Personalbemessung krankheitsbezogene Fehlzeiten u. dgl. zu berücksichtigen.

**Begründung:**

Es besteht ein breiter überparteilicher Konsens darüber, dass a) Kinder unser höchstes gesellschaftliches Gut darstellen und dass b) ihre schulische sowie soziale Qualifizierung unsere wertvollste Ressource ist. Unter Berücksichtigung dieser streitfreien Grundannahme steht zu konstatieren, dass ein elementarer Baustein der Kindererziehung zur Aufgabe von unterbezahlten und strukturell überlasteten Erziehern/-innen und Pädagogen/-innen gemacht wird. Analog des Begriffs der "gefährlichen Pflege" ließe sich in diesem Zusammenhang von einer "gefährlichen Pädagogik" sprechen, die eklatante gesamtgesellschaftliche Konsequenzen trägt.

Soziale Arbeit hat keine schlagkräftige Lobby. Es liegt in der Verantwortung der Politik, diesem Missstand entgegenzuwirken. Der gesellschaftlich bedeutsame Beruf der Erzieherin/des Erziehers ist heute ein unterbewerteter stereotyper Frauenberuf und braucht in doppelter Hinsicht Zukunft: Diejenigen, die diesen Beruf bereits ausüben, müssen eine Chance haben, gesund bis zum Rentenalter arbeiten zu können, und junge Menschen müssen motiviert werden, diesen Beruf zu ergreifen. Die Unterstützung der hierfür kämpfenden Beschäftigten basiert auf einem gesamtgesellschaftlichen Interesse. Das Land will die VKA ermutigen, den Forderungen der Beschäftigten nachzukommen, und damit gleichzeitig signalisieren, für die entsprechenden rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen verantwortlich zu sein.

Wiesbaden, 17. Juni 2009

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Wissler**